

Erinnerung und Zugehörigkeit in Deutschland

Vereinigung und Schuld

Vermessung eines deutschen Konfliktfeldes

Raj Kollmorgen

Wer über Schuld und Erinnerung im Kontext deutscher Geschichte und Gegenwart nachdenkt, wird kaum zuerst, vielleicht auch gar nicht eine Verbindung zur deutschen Vereinigung 1990 herstellen wollen. Das gilt umso mehr unter Berücksichtigung des journalistischen Ankers der themensetzenden Ringvorlesung, d.h. des Buches von Charlotte Wiedemann *Den Schmerz der Anderen begreifen: Holocaust und Weltgedächtnis* (2022). Einerseits teile ich diese Befremdung, andererseits könnte der befremdliche Gegenstand neue Erkenntnisperspektiven öffnen. Der folgende Beitrag versteht sich insofern zum einen als Versuch, die deutsch-deutschen Konflikte in der Erinnerung und Bewertung des Vereinigungsprozesses im Fokus von Schuldverhältnissen zu reflektieren und danach zu fragen, ob das Erkenntnis- und Erinnerungsgewinne zu erzeugen gestattet. Zum anderen kann am Gegenstand der deutschen Einheit vielleicht auch das übergreifende Problem eines angemessenen Verständnisses und Erinnerns umkämpfter, dabei auch leidvoller Sozialprozesse erweitert verhandelt werden.

1. Schulddiskurse im deutschen Vereinigungsprozess: Abmessungen

Ich verstehe im Folgenden unter Schuldverhältnissen in modernen Gesellschaften Sozialverhältnisse, die Aussagen über die kausale oder moralische Handlungs- und Folgenverantwortung von Individuen(-gruppen) in der Gestaltung sozialer Praxis treffen. Mit diesen Schuldfeststellungen sind gegenüber den identifizierten Verantwortlichen Ansprüche auf materielle oder symbolische Handlungsverpflichtungen verbunden. In diesen reziprok gedachten Sozialverhältnissen werden also nicht nur – im Regelfall negativ bewertete – reale oder virtuelle Handlungsverantwortungen er-

kennt, sondern auch daraus abgeleitete (positive) Handlungserwartungen definiert: „du bist schuldig geworden“, „ihr tragt die Schuld“, „das hast du zu verantworten“, „ihr steht in unserer Schuld“, „wir schulden euch“, „ihr müsst die Schuld begleichen“ usw. Soziale Schuldverhältnisse setzen damit eine kulturelle Ordnung voraus, in der autonomes Handeln von Individuen nicht nur strukturell möglich ist, sondern auch als solches anerkannt und angestrebt wird, einschließlich emotionaler Rückbindungen wie Schuldgefühle oder Scham. Mit dieser Kultur korrespondieren weitere soziale Institutionalisierungen, insbesondere politische und rechtliche Ordnungen, wovon wirtschaftliche Schuldverhältnisse (in diesem Sinne etwa finanzielle Schulden eines Individuums oder die Verschuldung eines Staates) ebenso künden wie die Rechtskonstrukte des „schuldhaften Handelns“, der „Unschuldsvermutung“ oder einer „Schuldunfähigkeit“.¹ Meine nachfolgenden Beobachtungen und Diskussionen klammern allerdings rechtliche Aspekte ebenso aus wie theologische und konzentrieren sich auf die Dimension der sozialen Handlungsverantwortung und diskursiven Schuldzuschreibung.

Akzeptiert man diese grobe konzeptuelle Rahmung, bedarf es weder einer länger zurückreichenden noch intensiveren Recherche im öffentlichen Kommunikations- und Erinnerungsraum, um mit dem Thema sozialer Schuldverhältnisse im deutschen Vereinigungsprozess seit 1989/90 konfrontiert zu werden. Zwei Beobachtungen reichen hin, um die Relevanz zu demonstrieren. Erstens gaben in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Herbst 2025 in den westdeutschen Bundesländern 31 % der Befragten an, dass sie weniger bzw. gar nicht zufrieden sind mit dem Stand der deutschen Wiedervereinigung; in den ostdeutschen Ländern waren es sogar 46 %.² Es gibt also bis heute ein Problem – vor allem im Osten, aber auch im Westen. Zweitens plausibilisieren sowohl eine Beschäftigung mit den politischen Diskussionen im Umkreis der Feierlichkeiten zu 35 Jahren Herstellung der deutschen Einheit oder mit entsprechenden massenmedialen Beiträgen und Debatten (Printmedien, Fernsehen, *social me-*

1 Dieses Verständnis von Schuldverhältnissen speist sich aus einer praxeologischen Perspektive (etwa Bourdieu 1979, 2020), die aber keineswegs beansprucht, die Komplexität der damit verbundenen Phänomene vollständig einzuholen. Als ein guter erster Überblick zum Themenfeld empfiehlt sich Lotter (2017).

2 Es handelte sich um eine Befragung im Rahmen des ARD-Deutschlandtrends vom WDR (2025).

dia) als auch die Durchsicht der sozialwissenschaftlichen und politischen Sachbuchliteratur in den letzten zehn Jahren mit ihren Bestsellern, dass die Verantwortungs- bzw. Schuldfrage in der Öffentlichkeit weiter präsent ist. Nur exemplarisch soll hier für die Intensität der Befassung auf die preisgekrönte MDR-Fernsehreportage *Wem gehört der Osten?*³ sowie auf die drei stark diskutierten und zugleich höchst erfolgreichen Sachbuchtitel – *Diesseits der Mauer: Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990* (2023) von Katja Hoyer, *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung* (2023) von Dirk Oschmann oder *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt* (2024) von Steffen Mau – aufmerksam gemacht werden.

Auch unter Bezug auf die eben genannten Beiträge ließen sich als vier wichtige (aber keineswegs abschließende) Fragekomplexe zu Schuldverhältnissen in der Gestaltung der deutschen Vereinigung nennen:

1. Wer trägt die Verantwortung für die nach wie vor bestehenden *materiellen Wohlstandsunterschiede* (Einkommen, Vermögen, Eigentum) zwischen Ost und West?⁴ Während beim Haushaltsnettoeinkommen Ostdeutsche im Durchschnitt bei 80 bis 90 % des westdeutschen Wertes liegen, sind es beim Vermögen insgesamt etwa 40 bis 60 %. Beim Eigentum und genauer: dem Eigentum an Produktionsmitteln (sachliches Produktivvermögen) rangieren Ostdeutsche wertmäßig im Bereich zwischen 15 % und maximal 25 %.⁵ Schulden hier die Westdeutschen den Ostdeutschen eine rasche Behebung dieser nach 35 Jahren Vereinigungsprozess in den Augen nicht weniger „skandalösen“ Wohlstandskluft? Oder sind es umgekehrt die Ostdeutschen, die den Westdeutschen größten Dank für die jahrelangen Unterstützungen im Rahmen Sonderfinanzierungen des ostdeutschen Wirtschaftsumbaus und Konsums schulden (wie durch Solidarpakt I und II) und im Übrigen als Ostdeutsche angesichts des wirtschaftlichen Ausgangsniveaus 1989 selbst die Verantwortung für die Ungleichheit tragen?

3 Siehe: MDR (2015–2018).

4 In der oben genannten Umfrage äußert jeder vierte befragte Bundesbürger, dass für eine „gelungene Vereinigung von Ost und West“ der „vergleichbare Wohlstand“ fehle – was das am häufigsten genannte Thema war. Siehe: WDR (2025).

5 Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2024), S. 203–234; Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland (2024), S. 47–58. Die großen Spannen verdanken sich nicht nur unterschiedlichen Erhebungsweisen und insofern Validitäten, sondern auch der steigenden Unsicherheiten hinsichtlich des Status als Ostdeutsche:r oder Westdeutsche:r (siehe unten).

2. Wie und warum kam es zum geringen, keineswegs der ost-westdeutschen Bevölkerungsrelation entsprechenden Anteil *Ostdeutscher in den bundesdeutschen Oberschichten und Positionseliten*? Wer ist also für die nur (sehr) langsame Steigerung oder gar Stagnation des Anteils Ostdeutscher an den Eliten in Bereichen wie dem Militär (bis 1 %), der Judikative (1 bis 3 %) oder in der Wirtschaft (0 bis 4 % und siehe 1.) verantwortlich?⁶ Wollen die Ostdeutschen vielleicht nicht aufsteigen oder steckt eine Strategie der westdeutschen Herrschaftssicherung und Marginalisierung Ostdeutscher dahinter?

3. Wer ist schuld an den fortbestehenden *sozialen Abwertungsgefühlen Ostdeutscher gegenüber den Westdeutschen*, etwa im Sinne einer Bürgerin oder eines Bürgers „zweiter Klasse“ (2020–2025: 40 bis 60 % Zustimmung unter Ostdeutschen)? Wer trägt die Schuld an der starken *Identifikation Ostdeutscher* mit Ostdeutschland (2020–2025: um 65 %), demgegenüber aber geringeren mit der Bundesrepublik? Wer trägt Schuld an der anhaltenden Artikulation einer *deutsch-deutschen Konfliktlinie und Ungerechtigkeit*?⁷ Wer hat, anders formuliert, Schuld daran, dass die Ost- und Westdeutschen doch nicht ‚zusammenwachsen‘, sich wechselseitig doch nicht als gleichberechtigte und gleich wertvolle Bürger:innen ansehen? Sind dafür die hochnäsigen Westdeutschen verantwortlich, die jammervollen Ostdeutschen? Oder wird das Ganze nur durch interessierte elitäre Kreise in bestimmten politischen Parteien befeuert, die an einer sozialen Integration kein Interesse haben?

4. Schließlich wird in den letzten Jahren mit großem Nachdruck gefragt, wer eigentlich Schuld daran hat, dass es in Ostdeutschland eine so große Verbreitung von *Xenophobie, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus sowie (gewaltaffinen) Rechtspopulismus und Rechtsextremismus* gibt? Wer trägt die Verantwortung für die im Schnitt doppelt so hohen Stimmenanteile der AfD bei Landtags- und Bundestagswahlen in den ostdeutschen Ländern (im Bereich von 25 % bis über 30 %) gegenüber den westdeutschen?⁸ Sind

6 Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (2025), S. 3; vertiefend: Kollmorgen/Vogel/Zajak (2024).

7 Daten und Selbstberichte bei: Enders/Kollmorgen/Kowalczyk (2021); Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland (2024); Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (2025) sowie Mau (2024); Hebestreit/Holtmann/Jaek et al. (2025).

8 Siehe ebd.

es die politischen Führungskräfte in der Beitrittszeit, wie Bundeskanzler Helmut Kohl, gewesen? Sind – über die anhaltenden sozio-ökonomischen Ungleichheiten (1.), das ostdeutsche Vertretungsdefizit (2.) oder die Abwertungserfahrungen (3.) vermittelt – die westdeutschen Eliten, die gesamte westdeutsche Bevölkerung oder das gesamte Wahlvolk daran schuld? Ist es, viel einfacher, die Folge der ‚Ostmigration‘ der westdeutschen organisierten Rechtsextremisten nach 1990, oder waren die Ostdeutschen schon als „sozialistische DDR-Bürger:innen“ nur versteckte „Faschisten“?⁹

Auch wenn in den jüngeren Schuldzuweisungen kaum (noch) Positionen auftreten, die nur eine Ursache, eine Prozessdimension oder einen bestimmten Akteur als allein verantwortlich fixieren, finden sich bis heute in privaten, halböffentlichen, aber selbst öffentlichen Diskursen Positionen mit alles überstrahlenden Schuldzuweisungen und der Feststellung von politischen und moralischen Hauptverantwortlichen. Zwei beispielhafte Aussagen mögen dafür repräsentativ sein. Mathias Döpfner, der Vorstandsvorsitzende des Springer-Konzerns, ließ 2023 in einem privaten Chat wissen: „Meine Mutter hat es schon immer gesagt. Die ossis werden nie Demokraten. Vielleicht sollte man aus der ehemaligen ddr eine Agrar und Produktions Zone mit Einheitslohn machen“. Und weiter: „Die ossis sind entweder Kommunisten oder faschisten. Dazwischen tun sie es nicht. Eklig“.¹⁰ Für Döpfner sind also die alte DDR und die Ostdeutschen als ostdeutsches Kollektivsubjekt die Schuldigen für den Schlamassel. Dirk Oschmann, Professor für Literaturwissenschaft an der Universität Leipzig, hat in seinem erfolgreichen Sachbuch *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung* (2023) gleichsam die Gegenthese vertreten. Er macht die Westdeutschen und näher deren politische, wirtschaftliche und intellektuelle Eliten in ihrem Herrschaftshandeln nach 1990 für die sowohl wirtschaftlich-soziale als auch politisch-kulturelle Malaise im Osten und die kaum geminderten sozialen Ungleichheiten zwischen Ost und West verantwortlich.¹¹

Sozialwissenschaftlich erscheint es sinnvoll, an einem ausgewählten Transformations- und Vereinigungsfeld nicht nur die wahrgenommene Problemlage, sondern auch die rekonstruierbaren Ursachen exemplarisch

9 Zur Debatte: ebd.; Schütze/Kollmorgen/Schäller (2021).

10 Rechtschreibung entsprechend dem Original; Nachweise und Bewertung dieser Nachrichten finden sich in der Süddeutschen Zeitung vom 13.04.2023: Hertreiter/Pollmer (2023).

11 Oschmann (2023), S. 32–33, 51, 70–77, 93–99, 112–122, 132, 195–199.

zu untersuchen, um dann nach dem Verhältnis zu den Schulddiskursen zu fragen. Das von mir gewählte Feld der Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Eliten, und näher der Wissenschaftseliten, mag auf den ersten Blick verwundern. Die Wahl verdankt sich aber nicht nur dem Umstand, dass zur Wirtschaftstransformation (Stichwort: Treuhandanstalt) und dem anhaltenden ökonomischen Gefälle zwischen West und Ost oder zum Thema des ostdeutschen Rechtspopulismus und -extremismus in den letzten zehn Jahren viel geforscht und geschrieben wurde und ich mich mit der Wissenschaftselite empirisch breiter befasst habe.¹² Vielmehr ist der entscheidende Grund eine besondere diskursive Konstellation im Schuldverhältnis, die bestimmte Problemdimensionen klarer erkennen lässt.

2. Die Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Wissenschaftseliten als exemplarisches Problemfeld

Über das Problem nur weniger Ostdeutscher in den Führungspositionen der bundesdeutschen Wissenschaft (von den Universitätsrektor:innen bis zu Spitzenpositionen in Beratungsgremien und Akademien) wird seit Mitte, Ende der 1990er Jahre intensiver gesprochen und diskutiert. In den letzten zehn Jahren hat die Debatte weiter an politischer Aufmerksamkeit und Bearbeitungsversuchen gewonnen.¹³

Eliten und Wissenschaftselite

Unter Elite in modernen Gesellschaften wird jene Gruppe von Menschen gefasst, die in bestimmten Sektoren oder sozialen Feldern (wie Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Kunst) aufgrund ihrer materiellen oder symbolischen Macht die wesentlichen Regeln setzt, Ressourcen verteilt und Entscheidungen mit (tendenziell) gesamtgesellschaftlicher Wirkungsreichweite trifft.¹⁴ Die Zugehörigkeit zu dieser elitären Gruppe kann sich formalen Hierar-

12 Kollmorgen (2024a).

13 Exemplarisch: Behrmann/Gamper/Haag (2024); Deutsche Gesellschaft (2017); Haak (2022); LVZ (2019); Oschmann (2023); Pasternack (1999), ders. (2025); als Überblick: Kollmorgen (2024a).

14 Higley (2010); Kaina (2009); Kollmorgen (2024b).

chiepositionen ebenso verdanken wie dem Besitz ökonomischen Kapitals, dem Einfluss in sozialen Netzwerken oder einer vorbildhaften, d.h. normsetzenden Ästhetik und Lebensführung. Die Machtkonzentration begründet die Statuierung der Eliten an der Spitze der vertikalen Gesellschafts- bzw. sozialen Ungleichheitsordnung. Rekrutierung, Karriere und Zirkulation folgen in modernen Gesellschaften grundsätzlich der Vorstellung einer ‚Bestenauslese‘. Betrachtet man die Gesamtelite in der Bundesrepublik, die je nach konkreter Definition und Sample-Zusammensetzung etwa 4.000 bis 10.000 Positionen umfasst,¹⁵ so ist diese nicht nur sektoral weitgehend autonom organisiert (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft); vielmehr kann innerhalb des Gesamtpools eine Top-Elite (insgesamt ca. 1.500 Positionen), d.h. die absoluten Spitzenpositionen (wie Bundeskanzler:in, Vorstandsvorsitzende/r einer der Großkonzerne oder Präsident:in des Bundesverfassungsgerichts), von den übrigen Elite-Angehörigen unterschieden werden. Wichtig sind darüber hinaus die sektorale Subeliten, die zwar nicht zur eigentlichen Elite zählen, aber das wesentliche Reservoir für Aufstiege in die Elitepositionen repräsentieren.¹⁶

Die *Wissenschaftselite* lässt sich dem folgend zum einen als klassische Positionselite des Karriere- oder Ernennungstyps mit weitgehend formalisiertem Laufbahncharakter kennzeichnen.¹⁷ Wissenschaftler:innen müssen, wenn sie in die Elite aufsteigen wollen, ein Hochschulstudium, sodann eine Promotion und gegebenenfalls Habilitation erfolgreich abschließen, um in einem ordentlichen Verfahren auf eine Hochschulprofessur berufen zu werden. Diese Professur ist fast ausnahmslos die Voraussetzung für eine Besetzung wissenschaftlicher Spitzenpositionen zwischen Akademiepräsident:in, Vorsitzende:r einer der großen Fachgesellschaften, Direktor:in eines der großen außeruniversitären Forschungsinstitute oder Rektor:in einer Universität.¹⁸ Dabei erfolgen solche Positionsbesetzungen qua Ernennung oder Wahl durch zuständige Gremien (wie Auswahlkommissionen, Universitätssenate, Ministerien usw.) und beruhen idealtypisch auf meritokratischen Kriterien, die in Abhängigkeit vom konkreten Amt wesentlich

15 Vgl. Heger/Vogel (2024).

16 Kollmorgen (2024b), S. 14–21.

17 Kollmorgen (2024a), S. 42–47.

18 Insofern wird der Kern der *wissenschaftlichen Subelite* gebildet durch alle ordentlichen Universitätsprofessor:innen, die bereits über Leitungserfahrungen verfügen (Dekan:in oder Institutsdirektor:in usw.).

wissenschaftliche (Auszeichnungen und Wissenschaftspreise, Publikations-tätigkeit und Zitationen, Drittmiteleinwerbungen, gesellschaftliche Wirk-samkeit usw.) und/oder manageriale Leistungen (bisherige Leitungsfunk-tionen und Ämter im Wissenschaftsbetrieb) beinhalten.

Ein elitärer Status in der Wissenschaft beschränkt sich aber nicht auf formale elitäre Positionen. Vielmehr gibt es darüber hinaus auch eine repu-tative Wissenschaftselite, die zwar regelmäßig mit höheren Positionen ver-bunden ist, aber auch jenseits einer Führungsposition im Wissenschaftsbe-trieb Personen umfassen kann, die allein kraft ihrer wissenschaftlichen Forschungsleistungen, ihrer Bekanntheit und ihres Prestiges sowie Einflus-ses auf die wissenschaftlichen Erkenntnisgewinne und öffentlichen Debat-ten zur Elite zählen. Zwei historische Persönlichkeiten belegen das beispiel-haft: Karl Marx als Sozialwissenschaftler und Charles Darwin als Biologe; beide waren nie auch nur Professoren.

Zur Bestimmung der Elite-Schichten im Sektor Wissenschaft der Bun-desrepublik soll festgelegt werden: Zur bundesdeutschen Wissenschaftseli-te werden zum einen Inhaber:innen jener formellen Führungspositionen gerechnet, für die zweifelsfrei eine (gegebenenfalls auch nur mittelbar) den gesamten Sektor betreffende oder die Gesamtgesellschaft erreichende Wirkung ihrer Entscheidungen festgestellt werden kann. Darunter fallen u.a. die Leiter:innen (und Stellvertreter:innen) sehr großer außeruniversi-tärer Forschungsinstitute sowie Universitäten (mehr als 1.500 Mitarbei-ter:innen und ab 25.000 Studierende), die Präsidien der großen natio-nalen Forschungsgemeinschaften (wie Leibniz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft oder Deutsche Forschungsgemeinschaft) sowie Akademien (wie Leopoldina), die Vorsitzenden und Stellvertreter:innen der wichtigs-ten wissenschaftlichen Beratungsgremien der Bundesregierung (wie Wis-senschaftsrat, ‚Wirtschaftsweise‘ oder Expertenrat für Klimafragen) sowie die wichtigsten langjährigen Vorsitzenden der größten wissenschaftlichen Fachgesellschaften. Mit Blick auf die Reputationsdimension werden da-rüber hinaus auch die Träger:innen höchster akademischer Auszeichnun-gen des In- und Auslands (wie Nobelpreis, Leibniz-Preis der DFG) sowie Wissenschaftler:innen mit der höchsten öffentlichen Bekanntheit und Aus-strahlung zur Elite gerechnet. Je nach konkreter Ausgestaltung umfasst da-mit die bundesdeutsche Wissenschaftselite ca. 250 bis 750 Positionen bzw. Personen. Zur Schicht der Top-Elite im bundesdeutschen Wissenschafts-sektor zählen als Teilgruppe der eben genannten Population die jeweiligen

absoluten Spitzenpositionen und -funktionen. Diese Gruppe enthält etwa 50 bis 100 Funktionen bzw. Personen.¹⁹

Ostdeutsche

Für die weiteren Diskussionen zur Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Wissenschaftseliten ist abzuklären, wer im vorliegenden Zusammenhang als *Ostdeutsche:r* angesehen wird. Ostdeutsche sind all jene Einwohner:innen, die von DDR-Bürger:innen oder nach 1990 von in den neuen Bundesländern sozialisierten Eltern geboren wurden und in der DDR oder Ostdeutschland wesentlich, d.h. mindestens bis zum 14. Lebensjahr, aufwuchsen.²⁰ Zwar werden damit die ‚klassischen‘ Ostdeutschen, die in der DDR von DDR-Bürger:innen geboren wurden und seitdem dort leb(t)en, fokussiert; zugleich werden aber die zahlreichen Abstufungen nicht geleugnet, die von Lebensverläufen mit zahlreichen Binnenmigrationen nach 1989 und ost-westdeutscher Elternschaft bis zur großen Gruppe von Deutschen mit Migrationsgeschichte jenseits der deutschen Grenzen reichen. Diese ‚Abweichungen‘ vom klassischen Typus nehmen seit 1990 zu und zwar beschleunigt. Immer mehr Menschen verfügen über ost-westdeutsche oder nicht-deutsche Biographien, so dass sich das Herkunftsproblem in etwa 30 Jahren erheblich anders darstellen wird.²¹

Empirische Befunde zu Ostdeutschen in der Wissenschaftselite

Eine Zusammenstellung der wichtigsten Erhebungen zur bundesdeutschen Wissenschaftselite erbringt die in Tabelle 1 dargestellten Ergebnisse.

19 Für konkrete Samplevorschläge: Bunselmeyer et al. (2013), S.10; Machatzke (1997), S. 55; Heger/Vogel (2024).

20 Kollmorgen (2005), S. 123.

21 Allerdings haben auch jüngere Elite-Erhebungen für Deutschland gezeigt, dass sich noch über 80 % aller Positionsinhaber:innen über den Geburtsort auch biographisch korrekt erfassen lassen, d.h. der ganz überwiegende Teil der im Osten oder Westen Geborenen eben dort aufwuchs und heute Elitepositionen besetzt (Vogel 2024). Auch meine eigene kleine Erhebung (siehe unten) kodiert daher über den Geburtsort.

Tab. 1: Anteil Ostdeutscher an bundesdeutscher Wissenschaftselite 1995–2023 in v.H.

	1995 ^a	2012 ^b	2018 ^c	2022 ^c	2023 ^d	2024 ^c
Top-Elite	-	2,5	-	-	5	-
Elite insges.	7,3	-	1,7	8,2	-	8,9

Erläuterung: ^a Angabe nach der Potsdamer Elitestudie mit einem Netto-Sample von 164 Positionen. ^b Top-Elite nach WZB-Studie mit Netto-Sample von 58 Positionen. ^c Elite nach eigener Erhebung im BMFSFJ-Projekt (2018) bzw. Elitenmonitor (2022–2024) mit einem Netto-Sample von 162 Positionen. ^d Eigene Erhebung mit 20 Positionen.²² Quellen: Bunselmeyer et al. (2013), S. 9, 22; Machatzke (1997), S. 67, Tab. II-17; Hentschel et al. (2025), S. 103; eigene Erhebung (September 2023).

Erkennbar wird zunächst, dass sich der Anteil Ostdeutscher an der Wissenschaftselite seit 1995 nicht wesentlich verändert hat, sondern sich – abgesehen vom Wert für das Jahr 2018 – im Bereich von 7 bis 9 % bewegt (Datenzeile 2). Für den Bereich der Top-Elite (Datenzeile 1) liegen die Werte der beiden Messpunkte noch deutlich darunter (2,5 bis 5 %). Zwei weitere Befunde untersetzen diese Daten: Eine Erhebung aller 108 Rektor:innen und Präsident:innen der deutschen Universitäten in den Jahren 2023/24 erbrachte, dass nur drei von ihnen ostdeutscher Herkunft sind, d.h. weniger als 3 %.²³ Eine Erfassung der Reputation öffentlicher Intellektueller in der Bundesrepublik durch die Zeitschrift *Cicero* aus dem Jahr 2019 mit einem Erhebungszeitraum von 2010 bis 2019 zeigte, dass sich unter den damals bekanntesten 50 wissenschaftlichen Intellektuellen *nicht eine* Ostdeutsche:r findet.²⁴

Angesichts eines ostdeutschen Bevölkerungsanteils von 17 bis 20 %²⁵ kann insofern festgehalten werden, dass die Ostdeutschen in der bundesdeutschen Wissenschafts(-top-)elite seit 35 Jahren signifikant unterrepräsentiert sind, auch wenn es eine leichte Tendenz des Aufwuchses ihres Anteils in den letzten Jahren gab. Für die wissenschaftliche Gesamtelite unter Berücksichtigung der positionalen und reputativen Dimensionen ist

22 Näheres zum Sample und der Erhebung insgesamt: Kollmorgen (2024a), S. 46–51.
23 Pasternack (2024), S. 33.
24 Zur Messmethode und zur Liste: *Cicero*, Jg. 2019, H. 2, S. 16.
25 Kollmorgen (2017); Vogel (2024), S. 113–114.

aktuell (2024/25) von einem Anteil im Bereich von 5 % bis maximal 7 % auszugehen. Letzteres bedeutet eine sicher 50 %ige Unterrepräsentation der Ostdeutschen im Sektor der Wissenschaft bezogen auf den Bevölkerungsanteil.

Betrachtet man in einem zweiten Schritt die *östlichen Bundesländer* etwas näher, für die ein Anteil Ostdeutscher an der Bevölkerung in der Größenordnung von 80 bis 85 % anzunehmen ist,²⁶ so zeigen Daten Leipziger Journalist:innen,²⁷ dass die regionale Wissenschaftselite bzw. -subelite sich deutlich unter diesem Anteil bewegt. Auf Basis der Erhebung der 23 größten Hochschulen in Ostdeutschland (ab 5.000 Studierenden) sowie der Direktor:innen und Bereichsleiter:innen aller in Ostdeutschland angesiedelten staatlichen außeruniversitären Forschungsinstitute zeigt sich seit Anfang der 2000er Jahre ein relatives stabiles Niveau von 15 bis 22 % Ostdeutscher in diesen mittleren bis hohen wissenschaftlichen Führungspositionen (siehe Tab. 2), woraus relational eine noch deutlichere Unterrepräsentation in der eigenen regionalen Wissenschafts(-sub-)elite folgt.

Die Befunde zusammenfassend und zugleich in einigen Dimensionen weiter differenzierend²⁸ lässt sich festhalten: (1) Seit 1990 gilt, je höher die formelle oder reputativ-informelle Elitenposition im Feld der bundesdeutschen Wissenschaft ist, desto unwahrscheinlicher wird eine Besetzung mit Ostdeutschen. Während Ostdeutsche an den Fachhochschulen als Professor:innen und selbst Mitglieder der dortigen Rektorate relativ stark vertreten sind (ca. 50 bis 70 %), ist ihr Anteil an den Universitätsprofessuren bereits deutlich geringer und verschwindend gering an deren Leitungen (Rektor:innen oder Präsident:innen). Bei den wichtigsten nationalen Akademien (Leopoldina oder die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften)²⁹ sucht man Ostdeutsche an der Spitze ebenso vergebens wie an der Spitze der reputativen Eliten.

26 Ebd.

27 Hoferichter/Jacobs (2022), siehe Tab. 2.

28 Detailliert: Kollmorgen (2024b).

29 Es gab bisher nur einen ost-westdeutschen Akademiepräsidenten, der in der DDR studierte und promovierte, dann aber bereits als Assistent in die Bundesrepublik auswandern durfte und dort Karriere machte – Prof. J. Hacker.

Tab. 2: Anteil Ostdeutscher an ostdeutscher Wissenschafts(-sub-)elite 2004–2022 in v.H.

	2004	2016	2022
Rektor:innen/Präsidenten:innen der 23 größten Hochschulen in Ostdeutschland	22	15	17
Direktor:innen und Bereichsleiter:innen der staatlich geförderten außeruniversitären Forschungsinstitute	-	15	20

Erläuterung: Nähere Angaben zum Sample siehe Text. Quelle: Hoferichter/Jacobs (2022), S. 14–15.

(2) Dabei ist auf allen Ebenen die Differenz zwischen den Natur- und Technikwissenschaften (MINT) einerseits und den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern (GSW) andererseits signifikant, teils dramatisch. Während in den MINT-Disziplinen die Anteile Ostdeutscher in den Subeliten und Eliten der Fächer selbst an den Universitäten im Osten teils (deutlich) über 50 % liegen, sind es in den Sozialwissenschaften bis heute schon bei den universitären Professuren regelmäßig kaum 20 %. Und wenn es in und aus den MINT-Fächern sehr wohl Ostdeutsche gibt, die es bis in die Top-Elite geschafft haben – wie Reimund Neugebauer als ostdeutscher Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft (2012–2023) –, ist das in den GSW-Fächern bis heute (2024) nicht der Fall.

(3) Im Zeitverlauf gab es hinsichtlich der Eliten-Rekrutierung nach den beitriffsbedingten Abwicklungen (1990–1991/92) zunächst eine kürzere Aufbruchphase mit einer Art ‚Ost-Bonus‘ (1992–1994). Hier wurden Sonderregelungen zum Verbleib oder ausdrückliche DDR-Erfahrungen als Berufungsvoraussetzungen vereinbart. Dieser ‚Bonus‘ war aber nicht gesetzlich geregelt, sondern von den konkreten Bedingungen (Fächergruppe, Bundesland, Universität usw.) abhängig und galt deshalb auch nur in wenigen Verfahren. Insofern blieben die existierenden Kriterien des westdeutschen Normalbetriebes die dominierende Orientierung für Berufungen und Aufstiegschancen.³⁰ Dem schloss sich eine Phase der ‚Normalisierung‘ der Praktiken in allen Wissenschaftsfeldern an (ca. 1994–2005),

30 Pasternack (1999).

die offenkundig zu einer weiteren Minderung der Besetzungschancen von (Top-)Elitepositionen durch Ostdeutsche führte. Ab Mitte/Ende der 2000er Jahre ist dann wieder ein (langsamer) Anstieg der Chancen und Anteile zu beobachten, der allerdings vor allem die MINT-Fächer und deren (Sub-)Eliten betrifft.

3. Ursachensuche: Vom Erbe der DDR bis zu ungleichen Aufstiegsressourcen

Wie oben angesprochen, gibt es eine intensive Debatte zur Schuld an der Unterrepräsentation, wobei diese von kritischen Beiträgen Ostdeutscher dominiert wird, die zum einen den generellen Beitrittsmodus der Vereinigung (und die diesen verantwortenden Politiker:innen) und zum anderen die westdeutsche Wissenschaftselite mit ihrer Siegermentalität und Herrschaftsattitüde gegenüber den ostdeutschen ‚Kolleg:innen‘ nach 1990 als Hauptschuldige benennen.³¹

Ich möchte diesen Diskurs nicht sofort thematisieren, sondern zunächst eine empirisch gestützte, systematisch orientierte, zugleich aber angesichts des vorhandenen Platzes hoch verdichtete Ursachenanalyse vorstellen, ohne für deren Argumente – auch wegen anhaltender empirischer Desiderata – eine Vollständigkeit zu beanspruchen.³² Die Frage lautet: Was sind die Gründe für die bis heute anhaltende signifikante Unterrepräsentation der Ostdeutschen in der Wissenschafts(-sub-)elite?

1. Ein erster Ursachenkomplex findet sich in der DDR-Gesellschaft, ihrer Abwanderungsgeschichte, Sozialstruktur und ideologisch aufgeladenen anti-elitären Kultur. Die Fluchtmigration wichtiger Teile der intellektuellen Mittel- und Oberschichten bis 1961 (und in geringem Umfang auch noch später), die Ideologie des Kollektivismus und einer arbeiterlichen Gesellschaft sowie die deutliche Eindämmung sozialer, vor allem sozio-ökonomischer Ungleichheit erschwerten generell die Formierung, Attraktivität und intergenerationale Wirksamkeit elitärer, nicht zuletzt bildungsbürgerlicher Milieus und Habitus.³³

31 Berichte und Analysen etwa bei: Bednarz (2017); Behrmann/Gamper/Haag (2024); Hecht (2002); Pasternack (1999); ders. (2025); Weißbecker (2020).

32 Ausführlicher: Kollmorgen (2024a, 2024b).

33 Hübner (1999); Kaelble/Kocka/Zwahr (1994); Vester/Hofmann/Zierke (1995).

2. Zugleich generierte das Bildungs- und Wissenschaftssystem der späten DDR hinsichtlich entsprechender Ausbildungen und Qualifikationsstufen bis 1990 im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße deutlich weniger geeignete Elite-Kandidat:innen, als es in der alten Bundesrepublik der Fall war. Während 1989 in der DDR 13 % aller jungen Erwachsenen studierten, betrug der Anteil in der Bundesrepublik fast das Doppelte, nämlich 23 %.³⁴ Dabei war der Abstand bei der relativen Anzahl der Promovierenden und sich Habilitierenden (bzw. in der späten DDR: die Promotion B-Anstrebenden) noch größer – was verschärft für die GSW galt. Darüber hinaus blieben die materiellen und infrastrukturellen Bedingungen für Spitzenausbildung und Spitzenforschung in der DDR seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend hinter denen der Bundesrepublik zurück. Zum anderen behinderte in den GSW die starke Ideologisierung und Kontrolle tendenziell einen Qualifikations- und Kompetenzerwerb, der internationalen Standards entsprach. Schließlich verminderte sich ab Mitte der 1970er Jahre die soziale Aufstiegsmobilität und war eine Überalterung des höher qualifizierten Personals zu beobachten.

3. Eine wesentliche und zugleich übergreifende Ursache repräsentiert die Art und Weise der Vereinigung, d.h. der nach Artikel 23 des Grundgesetzes vollzogene Beitritt der neuen Länder und Ostberlins zur Bundesrepublik Deutschland. Dieser Modus bedeutete auch in der Wissenschaft die Durchsetzung eines Institutionentransfers, d.h. Übernahme des westdeutschen Universitätsmodells, Übertragung der Forschungs- und Förderinstitutionen, Laufbahnordnungen usw. Das zog eine systematische Entwertung des in der DDR erworbenen Wissens und die Unkenntnis gegenüber den neuen Ordnungen und ihren Praktiken nach sich. Die Neubesetzung formeller Elitepositionen wie Universitätsrektor:in oder Vorsitzende:r einer bundesweiten Forschungsgemeinschaft durch Ostdeutsche war daher in den ersten Jahren nach der Vereinigung wissens- und erfahrungsseitig kaum vorstell- und vermittelbar. Zum anderen signalisierten Beitritt und die Aufgabe einer eigenständigen DDR den Sieg des westlichen Systems. Ideen des Jahres 1989 hinsichtlich einer Vereinigung auf Augenhöhe und der Übernahme einzelner sinnvoller Regelungen oder Erfahrungen der DDR wurden damit obsolet. Die Machtaspirationen der bundesdeutschen Wissenschaftselite erschienen legitimiert, ja von den Ostdeutschen poli-

34 Arlt (2019); vgl. Pasternack (2025).

tisch gewollt. Daher fühlte sich die westdeutsche Wissenschaftselite ab 1991 zur Evaluation und Repräsentation der ostdeutschen Kolleg:innen nicht nur formell ermächtigt, sondern auch normativ berechtigt und zugleich fähig.³⁵ Zum westdeutschen *Mainstream deviant* erscheinende und insbesondere (vermeintlich) staatssozialistisch grundierte Themen, Theorien und Erfolge wurden rasch und oft unreflektiert als ‚Makulatur‘ oder gar Makel interpretiert und verhinderten vielfach die Fortsetzung oder den Beginn von (Aufstiegs-)Karrieren. Dass bei alldem auch Überlegungen in der Logik wissenschaftlicher Konkurrenzverhältnisse eine Rolle spielten, wird heute selbst von westdeutschen Beteiligten nicht mehr bestritten. So waren Einrichtungen der DDR mit ähnlichen Profilen wie westdeutsche eher zur Abwicklung empfohlen oder wettbewerblich bedrohliche Kolleg:innen aus dem Osten mit besonderer Intensität moralisch und fachlich geprüft worden, woraus zum Teil fragwürdige Gesamturteile folgten.³⁶ Spiegelbildlich zu dieser Aufwertung und Ermächtigung erfuhren sich gerade die etablierten ostdeutschen Wissenschaftler:innen – insbesondere die GSW-Vertreter:innen – als Verlierer:innen, als abgewertet und ohnmächtig, teils auch wenig(er) erfolgreich und professionell forschend. Die mit den Evaluationen, Abwicklungen und dem Personalabbau verknüpften Verunsicherungen und professionellen Entwertungserfahrungen haben kulturell und psychisch bei den meisten Betroffenen, selbst bei den Nachwuchswissenschaftler:innen tiefe Spuren hinterlassen. Das betrifft auch die Ambitionen, elitäre Führungspositionen zu besetzen.³⁷

4. Insofern war nicht nur wegen der historischen Voraussetzungen und Bedingungen, sondern auch infolge der Bruch- und Abwertungserfahrungen im Zuge der Evaluationen die Anzahl der realiter geeigneten und ambitionierten Ostdeutschen, die Anfang/Mitte der 1990er Jahre für (Sub-)Elite-Positionen in Frage kam, in Relation zur Bevölkerungsgröße und den bundesdeutschen Verhältnissen gering. Für die erheblich ausge-

35 Dass solche Evaluationsprozesse eine Eigendynamik der Vertiefung der Machtasymmetrie entfalten, ist bekannt: Wer evaluiert, wird im Verfahren regelmäßig selbstsicherer im Auftreten und Urteil. Macht und Machthabitus wachsen durch die Logik des Prozesses selbst.

36 Siehe exemplarisch Kreckel (1995); Lutz (2003); Pasternack (1999), S. 85–305; ders. (2025); Schluchter (1996), S. 119–125; Weißbecker (2020).

37 Siehe die Berichte bei: Bednarz (2017); Bollinger/van der Heyden (2002); Kordafß (2022).

bauten GSW-Fächer ist sogar von einer klaren Unterdeckung des Bedarfs zu sprechen.³⁸ Diesem relativ kleinen Pool standen Anfang der 1990er Jahre viele hinreichend qualifizierte Wissenschaftler:innen westdeutscher Herkunft gegenüber, die für die neu geschaffenen (sub-)elitären Positionen und weitere Karrieren bereitstanden und darüber hinaus selbstsicher und höchst motiviert waren.

5. Die bisherige Argumentation könnte den Schluss nahelegen, die Mindervertretung der Ostdeutschen in den 1990er Jahren und selbst noch heute sei im Kern eine Folge der DDR-Vergangenheit und des Bruches durch die Vereinigung. Damit hätten wir es heute nicht (mehr) mit Formen struktureller sozialer Benachteiligung oder gar Diskriminierung zu tun, sondern mit einem nur langsam möglichen Nachholen westdeutscher Entwicklungen.³⁹ Insofern würde sich die Unterrepräsentation längerfristig auswachsen. Die anhaltende Relevanz des Erbes der DDR und der Beitrittszeit ist einerseits nicht falsch. Andererseits hätte sich – wenn es diese Faktoren alleine wären – seit mindestens zehn Jahren ein substantieller Aufwuchs an Ostdeutschen in den Wissenschaftseliten zeigen müssen, da die seit 2015 berufenen bzw. bestellten Positionsinhaber:innen im Regelfall zwischen 1965 und 1980 geboren wurden, also namentlich in den letzten Jahren (fast) ihre gesamte Bildungs- und insbesondere Wissenschaftskarriere in der Bundesrepublik absolviert haben. Wie berichtet, hält die deutliche Mindervertretung aber an und ist mit 8,9 % bei den Positionseliten und

38 Es ist schwer valide abzuschätzen, wie groß die Bedarfsdeckungslücke hinsichtlich wissenschaftlicher Führungskräfte (im Kern: Professor:innen) aus dem und für den Osten Anfang der 1990er Jahre war. Bezogen auf die Bevölkerungsgröße und abhängig von der konkreten Definition des Pools (alle Promovierten, Habilitierten oder Professor:innen, bis zu welchem Alter, mit und ohne Berücksichtigung von erfolgten Evaluationen usw.) bewegt sich nach meinen Schätzungen die Ost-West-Relation für diesen Personenkreis, d.h. die wissenschaftliche Subelite insgesamt, im Bereich von 1 zu 4–6. Für das Fach Soziologie hat eine eigene Erhebung ergeben, dass zur Besetzung der bis Ende der 1990er Jahre real eingerichteten Soziologie-Professuren in den ostdeutschen Ländern (einschließlich Ostberlin) praktisch *alle* in dieser Zeit überhaupt entsprechend grundqualifizierten Soziolog:innen der DDR (mit Habilitation oder Promotion-B) eine Professur hätten übernehmen müssen: ohne jegliche Leistungsauslese.

39 Gesamtanteil von Studierenden, Anteil der GSW-Fächer, Formierung eines elitären Habitus usw.; siehe bereits Bürklin/Rebenstorf et al. (1997) oder Lengfeld (2019).

etwa 5 bis 7 % insgesamt (unter Einschluss der Reputationseliten) auch im Jahr 2024 weiter markant.

6. Es braucht daher eine analytische Perspektivenweiterung. Nutzt man für die Zeit vor *und nach* 1990 einen praxeologischen Theorieansatz, wie er etwa von Pierre Bourdieu⁴⁰ elaboriert wurde, zeigen sich Komposition und Volumen des für wissenschaftliche Karrieren und Aufstiege in die Top-Elite notwendigen (im bourdieuschen Sinne) Kapitals Ostdeutscher gegenüber den typischen westdeutschen Karriere kandidat:innen seit 1990 defizitär und daher chancenminimierend. Das beginnt (a) beim ökonomischen Kapital (Einkommen, Vermögen), das – wie oben bereits grundsätzlich vermerkt – selbst in den wissenschaftsaffinen sozialen Schichten und Milieus geringer vorhanden ist als in Westdeutschland. Die relative ökonomische Schwäche der Ostdeutschen wie die hohen Unsicherheiten und Arbeitslosigkeitsrisiken bis mindestens 2006/2007 bedeuteten für Familien und junge ostdeutsche Erwachsene eine erheblich höhere Belastung und damit problematischere Entscheidung für ein Hochschulstudium, eine mögliche Promotion und übergreifend unsichere und gerade zu Beginn wenig lukrative Wissenschaftskarrieren. (b) Noch relevanter ist die Generierung sozialen Kapitals, was durch gemeinsamen kulturellen Kapitalerwerb (gleiche oder ähnliche Studiengänge und Bildungseinrichtungen) noch verstärkt wird: also das Kennen von und das Anerkannt-Sein durch sowie wechselseitige Vertrauen der Eliteangehörigen mittels intensiver Kommunikation und Netzwerkbildung. Hier bestehen für Ostdeutsche nach wie vor erhebliche Desiderata, weil sie nicht nur in den frühen 1990er Jahren (und wiederum ausgeprägter in den GSW) größtenteils außerhalb, bestenfalls am Rande sozialer (Karriere-)Netzwerke in der Wissenschaft agierten, sondern auch noch nach 2010. Das hängt wesentlich mit ihren sozialen Herkunft, daher der kulturellen und ökonomischen Kapitalausstattung sowie deren habituellen Niederschlägen zusammen, die deutlich stärker als im Westen arbeitertlich und kleinbürgerlich geprägt sind. (c) Das verweist schließlich noch einmal auf das kulturelle Kapital, die symbolische Dimension aller Kapitalsorten und deren habituelle Ausdrücke und Reproduktionen: Dass Ostdeutsche hinsichtlich der Verfügung über das relevante Kapital, das für und in Karrieren eingesetzt wird, deutlich schlechter abschneiden, verdankt sich sowohl dem Erbe der DDR (von der arbeitertlichen Gesellschaft bis zum Antiintellektualismus), als auch

40 Bourdieu (1979); ders. (1992); ders. (2020).

und wesentlich der symbolischen Entwertungen der DDR-Wissenschaft sowie ihrer Wissenschaftler:innen nach 1990. Gerade im GSW-Bereich muss hier von der Vernichtung symbolischen Kapitals und einer Krise des professionellen Habitus gesprochen werden, die in den betroffenen Familien und tragenden Milieus sichtbar und konsequenzenreich waren. Zugleich erschienen die Wissenschaftseliten wegen der wenigen Ostdeutschen ‚verwestlicht‘ und mindestens zunächst: fremd. Ostdeutsche *role models* blieben rar und konnten daher kaum Motivations- und Mobilisierungswirkungen für potentiell Aufstiegsorientierte entfalten. Das wiederum wurde durch die Unterrepräsentation Ostdeutscher auch in anderen Elitesektoren (namentlich Massenmedien) noch verstärkt: Karriereprobleme ostdeutscher Wissenschaftler:innen waren bis in die 2010er Jahre faktisch kein öffentliches Thema.

7. Erkennbar wird insofern eine Aufschichtungs- oder Pfadabhängigkeitslogik für die elitären Karrierechancen Ostdeutscher im Feld der Wissenschaft (und namentlich der GSW-Fächer), die ihren eigenen sozialen Sinn reproduzierte und sozial ungleiche Chancen fortschrieb. Es handelt sich um ein sich selbst stabilisierendes und zur Reproduktion neigendes systemisches Gefüge von sozialstrukturellen Bedingungen, sozialen Mechanismen und Habitus. Dabei soll die symbolische Dimension noch einmal betont werden, die auch die Diskurse ostdeutscher Subalternität einschließt.⁴¹ Dieses Minderwertigkeits- und Verlierer-Stigma reichte bis zu Phänomenen des Rückzugs und der Selbstabwertung ostdeutscher Wissenschaftler:innen sowie zu geringeren Selbstwirksamkeitserwartungen unter ostdeutschen Jugendlichen⁴² – wiederum mit den entsprechenden Langzeitwirkungen.

Resümierend wird ein Bedingungs- und Ursachenkomplex erkennbar, der nicht nur zeitlich bis in die späte DDR-Zeit zurückreicht, sondern strukturelle, institutionelle und kulturelle Dimensionen ebenso einbegreift wie soziale Sinn- und Handlungslogiken der konkret beteiligten organisierten wie individuellen Akteure (von der Bundesregierung über den Wissenschaftsrat bis zu Mitgliedern von Evaluations- und Berufungskommissionen). Deren Tun war eingespannt in vielfältige Zwänge, Bedingtheiten und Rahmungen, schloss aber immer auch eine Mannigfaltigkeit von Entschei-

41 Kollmorgen (2011).

42 Ebd.; Kollmorgen (2024a).

dungs- und Handlungsalternativen ein (in der Abfassung eines Gesetzes oder einer Handlungsnorm ebenso wie in der Auswahlentscheidung von Personalrekrutierenden). Hinsichtlich der bis heute bestehenden Unterrepräsentation Ostdeutscher in der Wissenschafts(-sub-)elite ergibt sich daher, dass sie mit dem DDR-Erbe und dem Beitrittsmodus grundsätzlich *unvermeidlich* war, dass aber zugleich mit veränderten (wissenschafts-)politischen Diskursen und geeigneten Instrumenten (wie temporär spezifische Berufungskriterien oder ‚Ost-Quoten‘, aber auch substanziellen Förderprogrammen) eine Abschwächung der Unterrepräsentation und der Mechanismen ihrer längerfristigen Reproduktion *sehr wohl möglich* gewesen wäre. Für diesen Raum politischer Handlungsalternativen lassen sich auch konkrete verantwortliche Korporativ- und besonders einflussreiche individuelle Akteure benennen.⁴³

4. Schulddiskurse: Logiken und Lernpotenziale?

Blickt man von diesen hier nur skizzierbaren Ursachenkomplexen⁴⁴ auf den Schulddiskurs zurück, wird erkennbar, dass diese sowohl in deskriptiver Hinsicht wie kausalanalytisch von nur (sehr) wenigen Beiträgen und Diskurslinien eingeholt werden. Dominiert wird die Diskussion weiterhin einerseits von vor allem struktur- oder geschichtsbezogener Problemleugnung oder -minimierung,⁴⁵ andererseits von (ostdeutschen) Schuldzuweisungen an typische, oft sogar konkrete Herrschaftsgruppen, Korporativakteure oder einzelne Individuen – wie die politische Klasse oder Bundesregierung, die westdeutsche (Wissenschafts-)Elite, die westdeutsche Professorenschaft oder einzelne *personae dramatis* im Wissenschaftsumbau und -betrieb.⁴⁶ Während damit von der Gruppe der Problemleugner nicht nur die leidvollen (Abwertungs-)Erfahrungen und beruflichen Chancenminimierungen vieler ostdeutscher Wissenschaftler:innen, sondern auch das bewusste Handeln machtvoller (vor allem: westdeutscher) Akteure in

43 Als Überblicke: Pasternack (1999); ders. (2024); ders. (2025).

44 Ausführlicher: ebd.; Kollmorgen (2024a, 2024b); Lehrmann/Gamper/Haag (2024).

45 Vgl. Arlt (2019); Lengfeld (2019); Martens (2024).

46 Bollinger/van der Heyden (2002); Hecht (2002); Oschmann (2023); Weißbecker (2020) sowie die Berichte bei Bednarz (2017).

und nach dem Beitritt ignoriert werden, lesen sich nicht wenige Beiträge (mittel- und unmittelbar) ostdeutscher Betroffener so, als hätte es keine gravierenden Mängel, Ungleichheiten und schuldhafte Handlungen im DDR-System, keine ostdeutschen Verantwortlichkeiten (an den Hochschulen, in den Landesparlamenten usw.) oder keine partizipative Verfahren im Umbau nach dem Ende der DDR gegeben.⁴⁷

Warum – so könnte, ja muss angesichts der vorliegenden Dokumentationen und Analysen gefragt werden – ist das so? Wieso bilden sich die Forschungsergebnisse nicht im Schulddiskurs ab? Und wäre es daher nicht das probateste Mittel zur Entwicklung einer gehaltvollen, rational-diskursiven und der Wahrheit verpflichteten Schulddebatte und breiter: Erinnerungskultur, wenn sich Wissenschaftler:innen im Feld zusammen mit anderen Informierten stärker einbrächten und umgekehrt die Akteure in Politik, Massenmedien und Kultur vor und in ihren Diskursbeiträgen sich deutlich intensiver mit eben jenen Forschungsergebnissen befassten, durch sie fundiert und angeleitet würden?

So sehr diese Erwartung zunächst plausibel erscheinen mag, so wenig trifft sie die Sinn-Logiken sozialer Praxis. Schulddiskurse werden nie mit wissenschaftlichen Aufklärungs- und Forschungsdiskursen vollständig konvergieren – sie haben einen anderen Sinn. Nichts könnte dies besser unter Beweis stellen als der gerade problematisierte Fall: Es sind fast ausschließlich erfahrene Wissenschaftler:innen, die den Schulddiskurs im vorliegenden Konfliktfeld realisieren.⁴⁸ Mehr noch, die meisten der Beteiligten sind Geistes- und Sozialwissenschaftler:innen, die in ihren eigenen Forschungsfeldern regelmäßig mit vergleichbaren Fragen konfrontiert werden und dabei vielfach mit Verve auf die Relevanz, ja Notwendigkeit komplexer ‚Ätiologien‘ hinweisen.

Es ist daher wichtig zu verstehen, dass Schulddiskurse zwar neben der moralischen auch eine kognitive Fundierung besitzen; diese Erkenntnisgehalte aber nicht nur nicht (oder nur ausnahmsweise) wissenschaftlicher Natur sind, sondern immer besonderen „Sprachspielen“ (Wittgenstein) der betreffenden Gruppen gehorchen. Oder um noch einmal Bourdieus Theorieinventar zu nutzen: Die epistemischen Gehalte der Schulddiskurse folgen, über die jeweilige soziale Position(-sdynamik) und das spezifische

47 Vgl. Kollmorgen (2025).

48 Ebd.

Feld vermittelt, einer bestimmten habituellen Sinn-, mithin Erklärungs- und Deutungslogik. Diese Logiken besitzen eine doxische Qualität, mit der sie jeweils aus einer spezifischen Perspektive erkennen, aber damit zugleich auch (sich selbst und andere/s) in besonderer Weise verkennen – wie einige Westdeutsche ihre Unkenntnis der DDR und selbstbezogene Interessenpolitik oder nicht wenige Ostdeutsche ihre Geschichte und ihre Interessen. Im sozialen und politischen Schuld diskurs wird daher in einem reziproken, aber immer asymmetrisch verstandenen Sozialverhältnis ab ovo eine substanzielle, teils totale Handlungsverantwortung der (potenziell) Schuldigen gedacht, erkenntnis- und handlungsleitend sowie diskursiv, darunter semantisch kodiert – wie: westdeutsch = herrschaftssüchtig, ostdeutsch = ungerecht behandelt. Und je etablierter, institutionalisierter und mit starken, am besten: askriptiv fundierten sozialen Ungleichheiten verbundener solche Schuld diskurse sind, desto eher und mehr neigen sie zur Perpetuierung, Verselbständigung und zugleich Instrumentalisierung in weiteren sozialen Konflikten. Dies mögen einige klassische, durch solche Binärlogiken bestimmte Schuld diskurse der letzten 200 Jahre verdeutlichen, etwa die Konfrontationen zwischen ‚Armen und Reichen‘, ‚Weißen und Schwarzen‘, ‚Deutschen und Franzosen‘, ‚Chinesen und Japanern‘, ‚Einheimischen und Zugezogenen‘ oder ‚Christen und Juden‘. Die Funktionalität und Sinnlogik eines sozialen Schuldverhältnisses *erfordert und produziert* Schuldige im Sinne handlungsfähiger, autonom agierender und moralisch (gegebenenfalls auch materiell) verantwortlicher Subjekte für ihr Tun gestern, heute und morgen. Mit und in dieser Zuschreibungslogik wird aber nicht nur Handlungs- und Verursachungsmacht auf andere projiziert, vielmehr findet in der Schuldzuweisung immer auch eine Entschuldung der eigenen Gruppe und des individuellen Subjekts statt, die der analogen sozialen Sinnlogik unterliegt.⁴⁹ Damit leisten soziale Schuldverhältnisse nicht nur einen Beitrag zur sozialen Integration und Solidarisierung innerhalb der beiden Gruppen im Verhältnis, sondern auch zur *Soziodizee*:⁵⁰ Erlebte Un-

49 Die große Mehrheit der ostdeutschen Beschreibungen und Anklagen in der Debatte zum Wissenschaftsumbau zeigt das eindrücklich, vgl. Bednarz (2017); Bollinger/van der Heyden (2002); Hecht (2002); Oschmann (2023); Weißbecker (2020).

50 Bourdieu 2001, S. 92 und passim.

gerechtigkeiten und Unglücke lassen sich so – wie schon in den religiösen Schuldverhältnissen Gott gegenüber – deuten und aushalten.⁵¹

Dabei und dadurch ist jeder soziale Schulddiskurs in den konstitutiven Widerspruch moderner Gesellschaftlichkeit und Kultur verstrickt, spiegelt diesen und (re-)produziert ihn zugleich: den Widerspruch zwischen der wissenschaftlich seit mindestens 100 Jahren gesicherten Erkenntnis einer komplexen, also multifaktoriellen und systemisch verfassten Verursachung und ‚Bewältigung‘ von institutionellen Umbrüchen (wie des Wissenschaftsumbaus in Ostdeutschland), einschließlich der sozial-positionalen und -biographischen Bedingtheit sowie habituellen Verfasstheit jedes individuellen Handelns (auch in seiner moralischen Dimension) einerseits und: dem Anspruch der modernen, namentlich intellektuell geschulten Individuen auf Subjektsein und autonomes Handeln, mithin moralische Freiheit und Verantwortung andererseits.

Dieser Widerspruch ‚arbeitet‘ in jedem Schulddiskurs: Er tendiert grundsätzlich dazu, die systemischen Zwänge und Konditionalitäten, in den sich die beschuldigten Individuen bewegten, kleinzudenken und auszublenden und deren Autonomie auszudehnen, ja zu totalisieren. Weil dem so ist, könne man sich legitimerweise bei den Verursacher:innen beschweren, sich empören und die Anerkennung wie Begleichung der Schuld einfordern. Zugleich wird – formal-rational ‚unlogisch‘, sehr wohl aber sinn-logisch – das eigene Handeln tendenziell in seinen Eingriffs-, Alternativ- oder Widerstandsmöglichkeiten minimiert und werden die Ursachen für Entmächtigungen und die Durchsetzung der Ungerechtigkeiten äußeren Zwängen, anonymen Systemdynamiken oder der Übermacht einzelner Akteure aufgebürdet.

51 Um hier jedes Missverständnis auszuschließen: Mit dieser grundsätzlichen Argumentation zur gesellschaftlichen Logik moderner Schuldverhältnisse werden höchst asymmetrisch oder sozial ungleich gestaltete Schuldverhältnisse oder eine verbrecherische Schuldkonstellation, bei der die (autonome) Handlungsmacht der unterdrückten beschuldigten Gruppe faktisch auf null gestellt wird – wie etwa in den Massenhinrichtungen der jüdischen Bevölkerung Osteuropas durch SS-Einsatzgruppen 1941 bis 1944 –, weder gelehnet noch ausgeblendet. Im Gegenteil, diese Formen und deren Folgen sind ausdrücklich eingeschlossen und verweisen in besonderer Weise auf die Notwendigkeit einer gesellschaft(-sgeschicht-)lichen Kontextualisierung wie Konkretisierung jedes Schuldverhältnisses – wenn angemessen erklärt, verstanden und verurteilt werden soll.

Die thematisierten Funktionen, Dimensionen und Widersprüche lassen sich nicht nur in der Debatte über die Schuld für die nur wenigen Ostdeutschen in den bundesdeutschen Wissenschaftseliten eindrucksvoll nachweisen, sondern generell im (Schuld-)Diskurs zur deutschen Vereinigung und deren ungerechten Folgen. Intellektuell anspruchsvoll hat das in den letzten Jahren kaum jemand so publikumswirksam realisiert wie Dirk Oschmann. Dessen Sachbuch *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung* versteht sich explizit als Empörungsschrift und Schuldidiagnose, die analytisch jene komplexen Verursachungen der konkreten Gestaltung der deutschen Vereinigung so wenig einzuholen bereit ist, wie sie die immanente Widersprüchlichkeit, die Selbstentschuldungs- und Verselbständigungsgefahren des Schulddiskurses übersieht oder diese gar leugnet.⁵²

Die Reflexion der deutsch-deutschen Schulddebatten kann aber zugleich anregen, produktiv über alternative Diskursgestaltungen in Schuldverhältnissen nachzudenken. Auch wenn ich nicht sehe, dass sich die Widersprüche moderner Schulddiskurse aufheben lassen – sie bleiben in die moderne Gesellschaftskonstitution eingeschrieben –, so liegen doch, auch und nicht zuletzt mit Charlotte Wiedemanns Buch, vielfältige Vorschläge für an Empathie, Leidminderung, Selbstbestimmung und zugleich kritische (Selbst-)Reflexionsfähigkeit sowie Interessenausgleich orientierte Erinnerungskulturen und Schulddiskurse vor. Grundlagen für eine so orientierte Erinnerungskultur bleiben für mich erstens die Erkenntnis, dass die Ansprüche autonomen Handelns und (Ver-)Schuldens sozialontologisch gleichursprünglich sind, zweitens, dass keine substanzielle soziale Schuld vom Schuldner je wirklich abgetragen werden kann (da sich die Zeit nicht zurückdrehen lässt), sowie drittens, dass eine Entschuldung, ein Verzeihen und Vergeben niemals verordnet oder kontrolliert werden kann. Praktisch sind sowohl eine epistemische und emotionale Demut als auch der Wille und die aktive (Selbst-)Organisation von sozialen und biographischen Perspektivenwechseln und insofern wechselseitigen Erfahrungs- und Anerkennungsräumen entscheidend, die ein partielles Aufbrechen von etablierten Beschuldigungs- und Entschuldungslogiken gestatten. Das können z.B. Befremdungserfahrungen bei Besuchen der je Anderen, biographisch orientierte Erzählformate oder Austauschprogramme mit Projekten unmittelbar kooperativen Arbeitens sein, die – das gilt es zu betonen – allesamt im

52 Kritisch: Kollmorgen (2025).

Rahmen vereinigungspolitischer Vorhaben in den letzten drei Jahrzehnten bereits entwickelt und erprobt worden sind. Daran lässt sich anknüpfen.

Quellenverzeichnis

- Arlt, Peter-André (2019): „Wende an Universitäten und Bibliotheken: Viele DDR-Wissenschaftler verloren ihre Stelle“. In: *Berliner Zeitung*. Unter: <https://www.berliner-zeitung.de/zukunft-technologie/wende-an-universitaeten-und-bibliothek-n-viele-ddr-wissenschaftler-verloren-ihre-stelle-li.69910> (16.02.2026).
- Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hg.) (2025): *Bericht 2025. 35 Jahre: Aufgewachsen in Einheit?* Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.
- Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hrsg.) (2024): *Bericht 2024. Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen*. Berlin: Bundeskanzleramt.
- Bednarz, Dan (2017): *East German Intellectuals and the Unification of Germany. An Ethnographic View*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Bollinger, Stefan/van der Heyden, Ulrich (Hg.) (2002): *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland*. Berlin: trafo Verlag.
- Bourdieu, Pierre (2020): *Habitus und Praxis. Schriften zur kollektiven Anthropologie 2*. Berlin: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1992): „Ökonomisches Kapital – soziales Kapital – kulturelles Kapital“. In: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hg. v. Pierre Bourdieu. Hamburg: VSA, S. 49–79.
- Bourdieu, Pierre (1979): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Bunselmeyer, Elisabeth/Holland-Cunz, Marc/Dribbisch, Katrin (2013): *Projektbericht „Entscheidungsträger in Deutschland: Werte und Einstellungen“*. Discussion Paper P 2013–001. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin.
- Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke et al. (1997): *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Opladen: Leske + Budrich.
- Deutsche Gesellschaft e.V. (2017): *Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven*. Berlin: Deutsche Gesellschaft.
- Enders, Judith/Kollmorgen, Raj/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.) (2021): *Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Vereinigung und Transformation*. Frankfurt/M/New York: Campus.

- Haak, Julia (2022): „Ostdeutsche Führungskräfte: Wo sind sie nur, die Osis?“. In: *Berliner Zeitung*. Unter: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/wo-sind-sie-nur-die-ostdeutschen-li.234321> (16.02.2026).
- Hebestreit, Jörg/Holtmann, Everhard/Jaek, Tobias/Pollak, Reinhard/Reiser, Marion/Sand, Matthias/Zissel, Pierre (2025): *Deutschland-Monitor 2024*. Hg. vom ZSH Halle, dem Institut für Politikwissenschaft der FSU Jena und der GESIS. Berlin/Halle/Jena/Mannheim.
- Hecht, Arno (2002): *Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?* Leipzig: Faber & Faber.
- Heger, Katharina/Vogel, Lars (2024): „Positionsauswahl der Elitenstudie 2020 – Sample Report“. In: *Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund*. Hg. v. Raj Kollmorgen/Lars Vogel/Sabrina Zajak. Wiesbaden: Springer, S. 69–106.
- Hentschel, Alexander/Junkermann, Justus/Kollmorgen, Raj/Lorenz, Astrid/Paeth, Linus/Reiser, Marion/Schaller, Jan/Vogel, Lars (2025): „Aktuelle Ergebnisse aus dem Elitenmonitor“. In: *Bericht 2025: 35 Jahre: Aufgewachsen in Einheit?* Hg. v. der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland. Berlin: BMF, S. 102–106.
- Hertreiter, Laura/Pollmer, Cornelius (2023): „Axel-Springer-Verlag. Mathias Döpfner, ein interessanter Mann im Selbstporträt“. In: *Süddeutsche Zeitung*. Unter: <https://www.sueddeutsche.de/medien/doepfner-springer-sms-mails-1.5796587> (16.02.2026).
- Higley, John (2010): „Elite Theory and Elites“. In: *Handbook of Politics. Handbooks of Sociology and Social Research*. Hg. V. Kevin T. Leicht/J. Craig Jenkins: New York, NY.: Springer, S. 161–176.
- Hoferichter, Michael/Jacobs, Olaf (2022): *Der lange Weg nach oben. Wie es Ostdeutsche in die Eliten schaffen. Repräsentation und Karrierewege Entwicklungen nach drei Jahrzehnten deutscher Einheit. Eine Datenerhebung im Rahmen des gleichnamigen MDR-Projekts*. Leipzig: Hoferichter & Jacobs GmbH/Universität Leipzig Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft.
- Hübner, Peter (Hg.) (1999): *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hg.) (1994): *Sozialgeschichte der DDR*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kaina, Viktoria (2009): „Eliteforschung“. In: *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Hg. v. Viktoria Kaina/Andrea Römmele. Wiesbaden: VS Verlag, S. 385–419.
- Kollmorgen, Raj (2025): „Zerrbilder. Dirk Oschmanns Erfindung des Ostens. Eine Entgegnung“. In: *Deutschland Archiv, Bundeszentrale für politische Bildung*. Unter: www.bpb.de/558993 (16.02.2026).

- Kollmorgen, Raj (2024a): „Ostdeutsche Wissenschaftselite – noch immer ein Oxy-moron?“. In: *Vergessene Ungleichheiten. Biographische Erzählungen ostdeutscher Professor*innen*. Hg. v. Laura Behrmann/Markus Gamper/Hanna Haag. Bielefeld: transcript, S. 41–74.
- Kollmorgen, Raj (2024b): „Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Personen mit Migrationshintergrund in den Eliten. Eine Einführung“. In: *Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund*. Hg. v. Raj Kollmorgen/Lars Vogel/Sabrina Zajak. Wiesbaden: Springer, S. 1–68.
- Kollmorgen, Raj (2017): „Ostdeutsche in den Eliten. Problemdimensionen und Zukunftsperspektiven“. In: *Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven*. Hg. v. Deutsche Gesellschaft e.V. Berlin: Deutsche Gesellschaft, S. 54–65.
- Kollmorgen, Raj (2011): „Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher“. In: *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Hg. v. Raj Kollmorgen/Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel. Wiesbaden: VS Verlag, S. 301–360.
- Kollmorgen, Raj (2005): *Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kollmorgen, Raj/Vogel, Lars/Zajak, Sabrina (Hg.) (2024): *Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund*. Wiesbaden: Springer.
- Kordaß, Anne-Kristin (2022): „Who is living in the post? Perspektiven von Akademiker*innen aus der DDR auf die deutsche Wiedervereinigung und Nachwendzeit“. In: *Berliner Blätter*, 85, S. 49–60.
- Kreckel, Reinhard (1995): „Soziologie an den ostdeutschen Universitäten. Abbau und Neubeginn“. In: *Soziologie in Deutschland*. Hg. v. Bernhard Schäfers. Opladen: Leske + Budrich, S. 219–236.
- Lengfeld, Holger (2019): „Kaum Posten für den Osten. Das Ausmaß und mögliche Ursachen der Unterrepräsentanz von Ostdeutschen auf Führungspositionen in Ostdeutschland“. In: *Deutschland Archiv, Bundeszentrale für politische Bildung*. Unter: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/296773/kaum-posten-fur-den-osten/> (16.02.2026).
- Lepsius, M. Rainer (1993): „Zum Aufbau der Soziologie in Ostdeutschland“. In: *KZfSS. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 45 Jg., H. 2, S. 305–337.
- Lotter, Maria-Sibylla (2017): „Verantwortung und Schuld“. In: *Handbuch Verantwortung*. Hg. v. Ludger Heidebrink/Claus Langbehn/Janina Loh. Wiesbaden: Springer Verlag, S. 251–264.

- Lutz, Burkart (2003): „Verpaßte Gelegenheiten und nachzuholende Lektionen. Einige (selbst-)kritische Überlegungen zur deutschen Transformationsforschung“. In: *Konflikt und Konsens: Transformationsprozesse in Ostdeutschland*. Hg. v. Martin Brüssig/Frank Ettrich/Raj Kollmorgen. Opladen: Leske + Budrich, S. 287–307.
- LVZ (2019): „Unter deutschen Uni-Rektoren ist kein einziger Ostdeutscher.“ In: *Leipziger Volkszeitung*. Unter: <https://www.lvz.de/mitteldeutschland/unter-deutschen-uni-rektoren-ist-kein-einziger-ostdeutscher-NRGV5LN264FDDABRB75NMOIVOE.html> (16.02.2026).
- Machatzke, Jörg (1997): „Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung“. In: *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Hg. v. Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf et. al. Opladen: Leske + Budrich, S. 35–68.
- Martens, Bernd (2024): „Die Transformation des ostdeutschen Hochschulsystems – die Wiederkehr des akademischen Hasards“. In: *Vergessene Ungleichheiten. Biographische Erzählungen ostdeutscher Professor*innen*. Hg. v. Laura Behrmann/Markus Gamper/Hanna Haag. Bielefeld: transcript, S. 75–100.
- Mau, Steffen (2024): *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.
- Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) (2015–2018): *Wem gehört der Osten*. Dokumentationsreihe. Unter: <https://reportage.mdr.de/wgdo#1945> (16.02.2026).
- Oschmann, Dirk (2023): *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*. Berlin: Ullstein.
- Pasternack, Peer (2025): *Die vier Dimensionen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus ab 1990. Strukturen und Personal, akademische Kultur und wissenschaftliche Inhalte*. Halle-Wittenberg: edition Albioris.
- Pasternack, Peer (2024): „Die Hochschulen in der DDR, dann Ostdeutschland – ein historischer Abriss“. In: *Vergessene Ungleichheiten. Biographische Erzählungen ostdeutscher Professor*innen*. Hg. v. Laura Behrmann/Markus Gamper/Hanna Haag. Bielefeld: transcript, S. 17–40.
- Pasternack, Peer (1999): *Demokratische Erneuerung. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Schluchter, Wolfgang (1996): *Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Schütz, Johannes/Kollmorgen, Raj/Schäller, Steven (Hg.) (2021): *Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten*. Wien/Köln: Böhlau.
- Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hg.) (2024): *Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland*. Bonn: BpB.

- Vester, Michael/Hofmann, Michael/Zierke, Irene (1995): *Soziale Milieus in Ostdeutschland: gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*. Köln: Bund-Verlag.
- Vogel, Lars (2024): „Ausmaß und Persistenz personeller Unterrepräsentation in den Eliten Deutschlands“. In: *Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund*. Hg. v. Raj Kollmorgen/Lars Vogel/ Sabrina Zajak. Wiesbaden: Springer, S. 107–148.
- Weißbecker, Manfred (2020): „Problembeladen: Wissenschaftsumbau Ost“. In: *Forum Wissenschaft*, Heft 2: 30 Jahre Deutsche Einheit. Bilanz und Perspektiven. Unter: <https://www.bdwi.de/forum/archiv/uebersicht/10848982.html> (16.02.2026).
- Westdeutscher Rundfunk (WDR) (2025): „ARD-DeutschlandTREND: Sechs von zehn Deutschen sind mit der Wiedervereinigung zufrieden“. Auf: *Website des WDR*. Unter: https://presse.wdr.de/plounge/tv/das_erste/2025/10/20251002_deutschlandtrend_wiedervereinigung.html (16.02.2026).